



Schlussfolgerungen des Vorsitzes

Acht Jahre nach dem ersten Berliner Westbalkan-Gipfel 2014 kamen am 3. November 2022 die Regierungschefinnen und -chefs Albanien, Bosnien und Herzegowinas, Kosovos, Montenegros, Nordmazedoniens und Serbiens sowie die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs oder ernannten Vertreterinnen und Vertreter Bulgariens, Deutschlands, Frankreich, Griechenlands, Italiens, Kroatiens, Österreichs, Polens, Sloweniens, der Tschechischen Republik und des Vereinigten Königreichs sowie Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Union (EU) sowie internationaler und regionaler Gremien und Organisationen zum Gipfeltreffen des Berlin-Prozesses persönlich in Berlin zusammen.

1. Die Teilnehmenden des Berlin-Prozesses bekräftigten die Schlüsselrolle, die der Berlin-Prozess als Motor für die regionale Zusammenarbeit und als Beschleuniger des EU-Integrationsprozesses spielt. Sie unterstrichen die Bedeutung seines inklusiven Formats, in dem alle Staaten des Westlichen Balkans gleich behandelt werden, wodurch er als Katalysator für Projekte für wirtschaftliche Integration, Investitionen und Vernetzung dient, die darauf abzielen, Aussöhnung, Sicherheit, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu fördern.
2. Aufbauend auf Ministertreffen der Außen-, Innen- und Energieministerinnen und -minister in den letzten Wochen wurde eine Bilanz der Fortschritte, aktuellen Herausforderungen und Aussichten für regionale Zusammenarbeit im Westbalkan gezogen, wobei der Schwerpunkt auf dem Gemeinsamen Regionalen Markt, der Energiesicherheit und der Grünen Agenda lag. Die Teilnehmenden führten ferner einen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Jugend und der Zivilgesellschaft.

Gemeinsamer Regionaler Markt (Common Regional Market - CRM)

3. Die Teilnehmenden begrüßten ausdrücklich die Unterzeichnung des Abkommens zur Anerkennung von Hochschulabschlüssen im Westbalkan und das Abkommen zur Anerkennung von Berufsqualifikationen von Ärzten, Zahnärzten und Architekten auf der Grundlage von EU-Regeln, durch die die Mobilität von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Berufstätigen in den westlichen Balkanstaaten deutlich verbessert wird, und riefen die Partner aus dem Westlichen Balkan auf, Verhandlungen über die verbleibenden regionalen Abkommen zur Personenfreizügigkeit aufzunehmen.
4. Die Teilnehmenden begrüßten ferner ausdrücklich die Unterzeichnung des Abkommens zur Freizügigkeit mit Personalausweisen im Westbalkan als ein Schlüsselement des Gemeinsamen Regionalen Marktes und einen bedeutsamen Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Mobilitätshindernisse der Menschen in der Region, und ermutigten die Partner aus dem

westlichen Balkan, die abschließenden Verhandlungen zum Abkommen über die Freizügigkeit von Staatsangehörigen von Drittstaaten innerhalb des westlichen Balkans voranzubringen.

5. Die Teilnehmenden würdigten die von den Staaten des westlichen Balkans unternommenen Anstrengungen bei der Umsetzung des CRM. Diese Agenda ist nach wie vor ein entscheidender und alle Seiten einbeziehender Prozess zur Erzielung wirtschaftlicher Resilienz in der Region, insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der wirtschaftlichen Erholung nach der COVID-19-Pandemie. Sie wird die Integration des westlichen Balkans in den EU-Binnenmarkt weiter voranbringen.
6. In diesem Zusammenhang würdigten die Teilnehmenden die koordinierende Schlüsselrolle, die der Regionale Kooperationsrat (RCC) und das Sekretariat des Zentraleuropäischen Freihandelsabkommens (CEFTA) bei den erfolgreichen Verhandlungen über die Mobilitätsabkommen des CRM gespielt haben.

Energiesicherheit/-wandel, Grüne Agenda und Klima

7. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Energiekrise und der Übergang zu erneuerbaren Energien nur auf dem Weg vertiefter regionaler Zusammenarbeit gelingen kann. Sie teilten die Auffassung, dass Europa seine Energieversorgung und Energiesicherheit überdenken muss. Dies ist nicht nur von entscheidender Bedeutung, um für bezahlbare und verlässliche Energie zu sorgen, sondern auch, um den Klimawandel zu bekämpfen und die Umweltverschmutzung zu verringern.
8. Zu diesem Zweck nahmen die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der sechs Westbalkanstaaten eine Gemeinsame Erklärung zu Energiesicherheit und Grünem Wandel in den westlichen Balkanstaaten¹ an. Die darin enthaltenen Verpflichtungen wurden substantiell durch Unterstützungserklärungen von anderen Teilnehmenden des Berlin-Prozesses, insbesondere der EU-Kommission, untermauert.
9. Die Teilnehmenden bekräftigten die Zusagen der Region zur Förderung der Grünen Agenda für den Westbalkan (Green Agenda for the Western Balkans - GAWB), um bis 2050 CO₂-Neutralität zu erreichen.
10. Die Teilnehmenden begrüßten ferner die Tatsache, dass die Staaten des westlichen Balkans die Festlegung der Energie- und Klimaziele für 2030 beim Ministertreffen der Energiegemeinschaft im Dezember 2022 unterstützen werden. Die von der Bundesregierung geplante regionale Klimapartnerschaft wird dazu beitragen, den politischen Dialog ebenso wie die technische und finanzielle Zusammenarbeit hinsichtlich der Grünen Agenda zu vertiefen.

Migration

11. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die derzeitige bedeutende Zunahme der Migrationsbewegungen, insbesondere in der Westbalkanregion, alle Teilnehmenden des Berlin-Prozesses vor große Herausforderungen stellt, weshalb konsequente und koordinierte Maßnahmen als Reaktion darauf erforderlich sind. Hierzu gehören gezielte Maßnahmen in Bezug auf Schmuggel und Handel mit Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen, wirksame

¹ Bosnien und Herzegowina hat der Erklärung bis zur Annahme beim Gipfel nicht zugestimmt und ist eingeladen, dies zu einem späteren Zeitpunkt zu tun.

Grenzkontrollen, die Schaffung eines tragfähigen Asyl- und Migrationssystems sowie verlässliche Verfahren zur Rückkehr in Herkunftsländer.

12. Die Teilnehmenden betonten auch die Bedeutung der Anpassung der Visapolitik der Staaten des westlichen Balkans an den Acquis der EU im Visa-Bereich, die auch für den EU-Beitrittsprozess erforderlich ist.

Sicherheit

13. Die Teilnehmenden erkannten die Bedeutung der Sicherheitszusammenarbeit im Rahmen des Berlin-Prozesses an und bekannten sich zur Fortsetzung eines kohärenten regionalen Ansatzes mithilfe bestehender Sicherheitsplattformen und -projekte. Sie kamen ferner zu dem Schluss, dass verschiedene Formen der organisierten Kriminalität, der illegalen Finanzierung von organisierter Kriminalität und terroristischer Aktivitäten sowie Korruption und Geldwäsche nach wie vor eine große Herausforderung darstellen.
14. Die Teilnehmenden kamen überein, insbesondere Ermittlungen im Bereich der Korruption zu verstärken. Zu diesem Zweck vereinbarten sie, sich zu bemühen, die Kapazitäten ihrer nationalen Stellen für die Ermittlung im Bereich der Korruption zu erhöhen, die regionale Zusammenarbeit und Koordinierung zu verbessern und bestehende Netzwerke der internationalen Zusammenarbeit zu verstärken. Die Maßnahmen des Regionalen Fahrplans zur Bekämpfung von illegalen Finanzströmen und Korruption (Illicit Finance and Anti-Corruption Roadmap) anzuwenden und umzusetzen, ist ein wichtiger Bestandteil dieser Anstrengungen.
15. Die Teilnehmenden stellten zudem die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit und bei der Bekämpfung der verschiedenen Formen hybrider Bedrohungen im gesamten westlichen Balkan fest. In diesem Zusammenhang begrüßten sie die Initiative der Bundesregierung, eine Gemeinsame Partnerschaft mit allen Partnern des Berlin-Prozesses zur Stärkung der Resilienz im Cyberbereich im westlichen Balkan zu errichten, unter Berücksichtigung bestehender Initiativen in diesem Bereich.
16. Die Teilnehmenden bekräftigten erneut die strategische Bedeutung der fristgerechten Umsetzung des Fahrplans für eine dauerhafte Lösung in Bezug auf den illegalen Besitz, Missbrauch und Handel von Kleinwaffen und leichten Waffen und zugehöriger Munition in den westlichen Balkanstaaten bis 2024 (Roadmap for a sustainable solution to the illegal possession, misuse and trafficking of Small Arms and Light Weapons and their ammunition in the Western Balkans by 2024). Sie würdigten die Erfolge im Hinblick auf die Einrichtung voll funktionsfähiger Kommissionen für Kleinwaffen und leichte Waffen (Small Arms and Light Weapons (SALW) Commissions) und ihren Beitrag zur regionalen Zusammenarbeit sowie ihre Arbeit zur fortwährenden Aktualisierung der nationalen Strategien für SALW.

Integration der Roma

17. Die Teilnehmenden begrüßten die Schlussfolgerungen des Dritten Ministertreffens zur Integration der Roma vom 19. Oktober 2022 in Podgorica, in denen die Staaten des westlichen Balkans vereinbarten, die laufende Arbeit zur Integration der Roma in den Bereichen Wohnen, Bildung, Beschäftigung, Grüne Agenda sowie Digitale Agenda, Haushaltsplanung unter Berücksichtigung der Belange der Roma ebenso wie Monitoring- und Berichtssysteme zu verstärken.

Jugend, Bildung und Kultur

18. Die Teilnehmenden begrüßten die Initiative der Bundesregierung zur Schaffung eines Jugendkulturfonds im Westbalkan, der vom Regionalbüro für Jugendzusammenarbeit (Regional Youth Cooperation Office – RYCO) mit dem Ziel verwaltet wird, die unterschiedlichen Kulturszenen der gesamten Region durch die Unterstützung von Basisinitiativen im Kulturbereich in der Region zusammenzubringen. Sie bekräftigten, dass dies ein wertvoller Beitrag zur Förderung guter nachbarschaftlicher Beziehungen und des gegenseitigen Verständnisses wäre – auch wichtige Aspekte für die Aussöhnung.
19. Die Teilnehmenden begrüßten die Fortsetzung der Zusammenarbeit durch die von der Deutschen Akademie der Wissenschaften Leopoldina koordinierten Gemeinsamen Wissenschaftskonferenzen.

Zukunft des Berlin-Prozesses

20. Die Teilnehmenden unterstrichen ihren Wunsch nach einer Fortsetzung des Berlin-Prozesses, um das gesamte Potenzial verbesserter und alle Seiten einschließender regionaler Zusammenarbeit zu nutzen.
21. Die Teilnehmenden vereinbarten, den nächsten Gipfel des Berlin-Prozesses 2023 in Albanien abzuhalten.